Unter anderem zu folgenden Themen:

- Schuldenbremse zielt auf weiteren Sozialabbau
- Enteignet werden bislang nur die Steuerzahler
- Geheim – Weniger Transparenz bei Staatshilfen
- Krise als Umverteilungsmaschine von unten nach oben?
- Betrogen – Keine Sicherheit bei der Bank
- 15 Jahre Sparen für die Katz
- Steinmeier gegen Merkels „Weltwirtschaftsrat“
- Economics needs a scientific revolution
- Thomas Fricke: Zum Absturz der Aufträge für die deutsche Industrie
- Hilfst du mir, helf’ ich dir
- Mehdorns Machtkämpfe
- Betriebsrente: Dax-Konzerne müssen große Löcher stopfen
- Die Rente ist sicher… keine Sache für Schauermärchen
- 1,8 Millionen oder über 16% der Kinder unter 15 Jahren leben in SGB II-Bedarsgemeinschaften
- Sauerland-Zelle: Mutmaßlicher CIA-Mann war “der Chef”
- Schwedens Atomausstieg – Neuer Glaubenskrieg in Berlin
- Medienmogul Murdoch muss Rekordverlust wegstecken
- Banker-Witze

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Schuldenbremse zielt auf weiteren Sozialabbau**
   Gewinner der neoliberalen Politik müssen Kosten der Krise zahlen
   Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat die am Donnerstag von der Föderalismuskommission II vereinbarte Schuldenbremse scharf kritisiert und stattdessen gefordert, die Gewinner der neoliberalen Politik der vergangenen Jahre für den Löwenanteil der Stabilisierungskosten aufkommen zu lassen. "Noch einmal die Staatsfinanzen für die eigene Klientel ausnehmen und danach brutalst möglich bei den Sozialausgaben und der öffentlichen Daseinsvorsorge sparen – darauf läuft diese Schuldenbremse hinaus", sagte Hendrik Auhagen vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Vorangetrieben werde diese Schuldenbremse von jenen Politikern, die für die massiven Steuergeschenke an Wohlhabende und Unternehmen der letzten zehn Jahre stehen und nun sogar weitere Steuersenkungen fordern.
   Attac fordert massiv erhöhte Erbschaftsteuern, die Wiedereinführung der Vermögensabgabe sowie die Rückkehr zu den Spitzensteuersätzen der 50er Jahre.
   Henrik Auhagen erinnerte daran, dass selbst die konservative Regierung unter Konrad Adenauer 1950 die enormen Kriegsfolgelasten durch eine bis zu 50-prozentige Zwangsabgabe auf Sachvermögen abschwächte und so die soziale Balance einigermaßen erhalten konnte.
   Quelle: attac
2. **Enteignet werden bislang nur die Steuerzahler**
   Die Diskussion, ob der Staat die Aktionäre der Hypo Real Estate enteignen darf, geht am Thema vorbei. Denn ohne das Geld der Steuerzahler wäre der Laden nichts mehr wert.
   Sie und ich sowie jedes unserer Kinder bürgen für die Hypo Real Estate mit 1150 Euro. Denn ohne die 92 Milliarden Euro an staatlichen Garantien wäre der Finanzkonzern mit Sitz in München schon längst bankrott. Jetzt sollen noch einmal zehn Milliarden an Kapital in das Institut geschossen werden. Das alles ist verdammt viel Geld für eine Bank, die an der Börse aktuell keine 300 Millionen Euro mehr wert ist.
   Dass die Aktie überhaupt noch bei 1,30 Euro herumdümpelt und nicht auf null Cent abgestürzt ist, hat übrigens nur einen einzigen Grund: Der Staat hält die Bank mit selbst gepumptem Geld auf Risiko der Steuerzahler am Laufen – und hat außerdem im vergangenen Jahr das Insolvenzrecht vor allem für Banken fast außer Kraft gesetzt.

Bei der Hypo Real Estate darf offenbar seit Jahren – zumindest mit staatlicher Duldung – munter Geld verbrannt werden: Entstanden ist der Finanzkonzern am 29. September 2003 als eine Art Schrottplatz für verkorkste Immobiliengeschäfte der Hypo-Vereinsbank. Damit das fragile Gebilde nicht jedem Bankenaufseher sofort auffällt, gründete sich die Hypo Real Estate gleich gar nicht als Bank. Sie ist nur eine Finanz-Holding, die sich Banken im In- und Ausland hält und so auch nicht so streng von der Bankenaufsicht kontrolliert werden kann.
Quelle: Focus Money

Dazu passt:

3. **Geheim – Weniger Transparenz bei Staatshilfen**
   Wenn Staatshilfen an Banken und Unternehmen fließen, dürfen Bürger wie zum Beispiel geprellte Anleger die Akten der amtlichen Finanzaufsicht einsehen. Doch damit soll jetzt Schluss sein. Die bayerische Landesregierung will das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes beschneiden lassen. Zufall? Besonders viele bayerische Unternehmen rufen jetzt um Hilfe und wollen Geld vom Staat.
   Zum Glück gibt es da ja noch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Komplizierter Name für eine gute Sache. Die Finanzaufsicht ist nämlich dazu da, die Banken zu kontrollieren. Jeder Bürger kann sich dort grundsätzlich informieren, und einen Blick in die Akten werfen. Dafür gibt es extra ein Gesetz, das Informationsfreiheitsgesetz. Doch das passt dem neuen starken Mann in Bayern überhaupt nicht! Ministerpräsident Horst Seehofer will das Gesetz ändern!
   Horst Seehofer, Bayernliebling, Kraftprotz. Er bestimmt, wo’s langgeht.
   Mitten in der Wirtschaftskrise will er die Transparenz abschaffen. Wo Banken und Politiker Fehler machen, das soll in Zukunft niemand erfahren.
   Seehofer will brisante Akten geheim halten – die Kontrollberichte der BaFin, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.
   In deren Berichten ist zu lesen, was schief lief, wie die Aufsicht, wie Gremien, nicht selten besetzt mit Politikern, wie Banker versagt haben.
   Heikle Akten also. In die niemand mehr einsehen soll.
   Quelle: rbb Kontraste
4. **Krise als Umverteilungsmaschine von unten nach oben?**
   Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat die anstehenden Dividendenzahlungen der Dax-Konzerne als skandalös bezeichnet. Laut einem Bericht des Handelsblatts vom gestrigen Donnerstag planen die 30 größten Konzerne im Dax eine Dividendenausschüttung in Höhe von 23,5 Milliarden Euro. Gemessen am stark gefallenen Börsenwert der Top-Konzerne von nur noch 500 Mrd. Euro, sei das so viel

wie noch nie. “Während die Beschäftigten auf Kurzarbeit gesetzt und öffentliche Milliarden in die Sanierung von Banken und Konzernen gesteckt werden, fließen die Gewinne weiterhin in die Hände der kleinen Minderheit der Großbesitzer und Profiteuren”, sagte Pedram Shahyar vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. “Die Krise wird so zu einer Umverteilungsmachine von unten nach oben.”
Quelle: attac

5. **Betrogen – Keine Sicherheit bei der Bank**
   Schön, wenn man im Alter vom Ersparten leben kann. Doch was ist, wenn Ihr Bankberater ein Betrüger ist? Eine Frau in Berlin hat es erlebt. Ihre Konten für die Altersvorsorge wurden von einem Bankmitarbeiter geplündert. Und die Bank? Sie lässt ihre Kundin im Stich. Die Ruheständlerin muss ihrem Geld hinterherlaufen. Vor Gericht.
   Das Berliner Landgericht gibt der Bankkundin in der ersten Instanz Recht. In einem Teilurteil spricht es Karin R. rund 730-tausend Euro plus Zinsen zu.
   Und es weist darauf hin, dass die Bank auch für den Rest des Millionenvermögens haften muss, falls sie die geforderten Kontobelege nicht vorlegt.
   Trotz des Urteils: Die Bank weigert sich zu zahlen und geht in Berufung. Nächste Instanz: Das Berliner Kammergericht. Zwei weitere Jahre gehen ins Land. Weil dann immer noch Unterlagen fehlen, nur ein Teilurteil. Doch auch hier die Entscheidung, dass die Bank einen Teilbetrag zahlen muss – und grundsätzlich haften muss für die kriminellen Machenschaften des Bankangestellten.
   Doch die Bank bleibt hartnäckig: sie rechnet den Schaden klein, schließlich hätte der Betrüger bei seinen Transaktionen auch Geldbeträge auf das Konto eingezahlt. Doch davon hat Karin R. nie etwas mitbekommen, zum Schluss war ihr Konto leer.
   Quelle: Das Erste.de Kontraste
6. **15 Jahre Sparen für die Katz**
   100 Euro pro Monat in einen Aktienfonds – auf lange Sicht lohnt sich das immer? Von wegen. Warum es häufig Verluste gibt. Und wie Sparer kühlen Kopf bewahren. Wer spart, muss sich überwinden: weniger Schuhe, weniger Bücher, weniger Reisen. Es bleibt der Trost, dass die Mühe sich lohnt, dass Vermögen wächst. Vielleicht nicht sofort – aber auf lange Sicht. Mit einer hübschen jährlichen Rendite.
   Dieses Weltbild wankt. Schuld daran ist die jüngste Statistik des Fondsverbandes BVI. Wer seit 1998 Monat für Monat 100 Euro in Fonds mit deutschen Aktien steckte, der musste kräftig bluten. Zinsen? Von wegen. Das Ersparte schmolz – um jährlich 3,4 Prozent. Auch auf Sicht von 15 Jahren stehen nach Abzug der Inflation Verluste. Die „Financial Times Deutschland“ titelte frech: „Aktiensparpläne lohnen nicht“.
   Quelle: Focus-online
7. **Steinmeier gegen Merkels „Weltwirtschaftsrat“**

Zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) droht ein offener Konflikt über die richtige Antwort auf die Weltwirtschaftskrise. Nach Informationen des Handelsblatts lehnen die Experten im Auswärtigen Amt (AA) den Vorschlag der Kanzlerin ab, einen "Weltwirtschaftsrat" bei den Vereinten Nationen einzurichten.
In einem für die Spitze des Ministeriums geschriebenen Vermerk, der dem Handelsblatt vorliegt, kommen die Steinmeier-Diplomaten zu einem vernichtenden Urteil: Der Vorschlag der Bundeskanzlerin sei unrealistisch und unglaubwürdig.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung WL: *An Steinmeiers Kritik mag so viel richtig sein, dass ein Weltwirtschaftsrat bei den UN der komplizierteste Weg für eine gemeinsame Krisenbewältigungsstrategie ist. Man muss deshalb befürchten, dass dieser Vorschlag vor allem dazu dient, jetzt notwendige rasche Maßnahmen auf die lange Bank zu schieben. Für diese Überwinterungstaktik spricht auch, dass bislang von der Bundesregierung kein einziges der zahlreichen Gesetze, die diese Krise gefördert haben, verändert wurde. Stattdessen beschäftigt man sich vor allem mit einer Schuldenbremse.*

8. **Economics needs a scientific revolution**
   Financial engineers have put too much faith in untested axioms and faulty models, says Jean-Philippe Bouchaud. To prevent economic havoc, that needs to change. Crucially, the mindset of those working in economics and financial engineering needs to change. Economics curricula need to include more natural science. The prerequisites for more stability in the long run are the development of a more pragmatic and realistic representation of what is going on in financial markets, and to focus on data, which should always supersede perfect equations and aesthetic axioms.
   Quelle: Nature [PDF – 900 KB]
9. **Thomas Fricke: Zum Absturz der Aufträge für die deutsche Industrie**
   Die Meldungen haben etwas Furcht erregendes. Fast in der gesamten deutschen Industrie lagen die Auftragseingänge zum Jahresende 2008 um mittlerweile 20 bis 30 Prozent unter Vorjahr, die Bestellungen deutscher Investitionsgüter aus der Euro-Zone sogar um sage und schreibe 50 Prozent. Das sind Zahlen, die jede Rezession der vergangenen Jahrzehnte wie eine kleine Verstimmung wirken lassen.
   Umso stärker drängt sich der Verdacht mittlerweile auf, dass das Ausmaß des Desasters im Land noch gar nicht wahrgenommen wird – vor allem von denen, die etwas dagegen tun könnten. Statt aber zu debattieren, ob und wie schnell das Konjunkturpaket wirkt (nur das ist derzeit wichtig), verbringen weite Teile der

zuständigen Politik und Polit-Beobachter derzeit ihre Zeit damit zu erörtern, wie man jetzt eine Schuldenbremse auflegt. Eine solche Bremse macht in Zeiten wie diesen ohnehin keinen Sinn, weil sie nicht steuerbar ist. Nach internationalen Langzeit-Studien von Kenneth Rogoff kommt der größte Teil der dramatischen Verschlechterung der Staatsfinanzen in Finanzkrisenzeiten daher, dass plötzlich die Steuereinnahmen einbrechen. Da hilft dann aber die tollste Schuldenbremse wenig. Als grotesk erweist sich mit den furchtbaren Auftragsdaten allmählich jetzt auch die Merkel-Träumerei, wonach wir uns ja nicht ganz so viele Sorgen machen müssen, weil doch die deutsche Industrie im Grunde so prima aufgestellt sei. Ein absurdes Verständnis davon, was da gerade weltweit passiert.
Quelle: FTD

10. **Hilfst du mir, helf' ich dir**
Unter dem Druck der Bundesregierung haben sich die Dax-Firmen verpflichtet, ihren Mitarbeitern in der Krise nicht zu kündigen. Die Stellenstreichungen bei ThyssenKrupp zeigen, dass solche Versprechen letztlich Vertrauen zerstören. Die neue Kungelei zwischen Politik und Konzernen weckt Erinnerungen an die alte Deutschland AG.
Bereits nach knapp vier Wochen droht der feierliche Schwur von Berlin in Vergessenheit zu geraten. "Ja, wir wollen Kündigungen verhindern", hatten 25 Dax-Vorstände nach einem Treffen mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) Anfang Januar gelobt. Doch mit ThyssenKrupp und SAP haben nun zwei Dax-Konzerne Stellenstreichungen angekündigt
Quelle: manager-magazin
11. **35-Stunden-Woche: Der Traum ist aus**
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer arbeiten in Deutschland durchschnittlich 40,3 Wochenstunden. Damit ist die Arbeitszeit (Stand 2007) so lang wie seit 20 Jahren nicht mehr.
Ursache sei der starke Personalabbau während der wachstumsschwachen Jahre bis 2003, wie aus dem "Arbeitszeit-Monitor" des Instituts Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen hervor geht. Im folgenden Aufschwung seien zu wenig Arbeitskräfte verfügbar gewesen. Erst mit mehrjähriger Verzögerung hätten Unternehmen neue Beschäftigte eingestellt.
Als Konsequenz mussten der Studie zufolge viele Beschäftigte zur 40-Stunden-Woche zurückkehren, die zuvor von den tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen profitiert hatten. So habe zu Beginn dieses Jahrzehnts jeder zweite männliche Arbeitnehmer in Westdeutschland zwischen 35 und 39 Wochenstunden gearbeitet, 2006 hingegen nur noch jeder dritte.
Quelle: Ihre Vorsorge

12. **Mehdorns Machtkämpfe**
    Der Chef der Deutschen Bahn ist unter Druck – wieder einmal. Die Liste seiner öffentlichen Fehltritte ist lang. Bislang hat er sie alle überstanden.
    Öffentliche Streitigkeiten, betriebswirtschaftliche Fehleinschätzungen, der Tunnelblick auf den Börsengang: Wegen all dem wurde Mehdorn immer wieder mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Dass er ihnen bislang trotzen konnte, liegt vor allem daran, dass er es verstand, sich mit den Mächtigen zu verbünden.
    Die Spitzelaffäre setzt den Bahnchef nun stärker unter Druck als alle anderen vor ihr. Dass die Deutsche Bahn fast alle Mitarbeiter durchleuchten ließ, ist ein Skandal, sagt Horst Friedrich, verkehrspolitischer Sprecher der FDP im Bundestag. “Man hat die Persönlichkeitsrechte der Mitarbeiter missachtet. Unter dem Vorwand, die Korruption bekämpfen zu wollen, hat man einen Dienstleister beauftragt, der für solche Arbeiten bekannt ist. Man hat den Betriebsrat nicht informiert und auch nicht die Mitarbeiter. Danach versucht man, das Ganze auf die Dimension eines Briefmarkenkaufs zu reduzieren, indem man sagt, der Vorstandsvorsitzende habe von all dem gewusst, er kümmere sich nicht um solche Angelegenheiten, wie er sich auch nicht um den Kauf von Briefmarken kümmert.” Friedrich glaubt das nicht: “Solche Aufträge vergibt die Konzernrevision. Mehdorn muss davon gewusst haben.”
    Merkel und Tiefensee haben sich von Mehdorn distanziert. Dennoch wird es wohl so schnell keinen Rauswurf geben: Die Bundesregierung fordert, die Vorwürfe zunächst umfassend aufzuklären.
    Quelle: Die Zeit Online
13. **Bahn schickt Kritikern Polizei ins Haus**
    Neue Vorwürfe gegen Bahn-Chef Hartmut Mehdorn, weitere Spitzel-Aktionen werden publik: Laut Dokumenten, die der Frankfurter Rundschau vorliegen, hat die Bahn im Jahr 2005 mit rechtlich zweifelhaften Methoden Kontakte eines Bahnmitarbeiters überwacht und sogar Hausdurchsuchungen bei Menschen veranlasst, mit denen der Mitarbeiter in Kontakt stand.
    Quelle: FR
14. **Betriebsrente: Dax-Konzerne müssen große Löcher stopfen**
    Auch deutsche Unternehmen werden nach den dramatischen Einbrüchen an den internationalen Aktien- und Anleihemärkten im vergangenen Jahr gezwungen sein, zusätzliche Geldbeträge für ihre Betriebsrenten-Verpflichtungen nachzuschießen. Allerdings wird der Aufwand für die Ausgleichszahlungen bei weitem nicht so hoch ausfallen wie beispielsweise in den USA, Großbritannien oder Japan.
    Noch mehreren guten Jahren mit ansehnlichen Renditen sind diese Vermögen 2008 als Folge der Baisse an den Kapitalmärkten um zwölf Prozent auf 132 Mrd. Euro bei Dax-Konzernen und um 15 Prozent auf 15 Mrd. Euro bei MDax-Unternehmen geschrumpft,

wie die Unternehmensberatung Rauser Towers Perrin (RTP) ermittelt hat.
Und nicht nur das: Infolge der Finanzkrise sind die ausgelagerten Rentenlasten der Dax-Firmen nun nur noch zu zwei Dritteln mit Vermögen gedeckt. Bei MDax-Firmen beträgt der Deckungsgrad nach Angaben von RTP sogar nur knapp die Hälfte.
Eine unmittelbare Bedrohung für die Betriebsrenten deutscher Arbeitnehmer erkennen Berater wie Thomas Jasper, Vorstand bei RTP, aber nicht. Auch wenn Pensionsvermögen abschmölzen, blieben Unternehmen hierzulande verpflichtet, die Betriebsrenten zu bezahlen, sagt er. Im Falle einer Firmenpleite trete der Pensions-Sicherungsverein ein, dem Firmen mit Direktzusagen, CTA und Pensionsfonds angehörten. Der Pensions-Sicherungsverein sichere Renten bis zu einer Höhe von etwa 7 000 Euro im Monat, erläutert Jasper.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung WL: *Hoffentlich behält Herr Jasper Recht.*

15. **Die Rente ist sicher… keine Sache für Schauermärchen**
Erneut versucht das Deutsche Institut für Altersvorsorge, die Sicherheit der gesetzlichen Rente in Zweifel zu ziehen – mit absurden Behauptungen.
"Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein", lautet ein bekanntes Sprichwort. So geht es jetzt dem von der Deutsche Bank-Gruppe finanzierten Deutschen Institut für Altersvorsorge (DIA). In einem gestern vorgestellten Deutschland-Trend-Vorsorge behauptet das in Köln ansässige Institut, laut einer Umfrage würden sich 46 Prozent der Befragten aufgrund der derzeitigen Finanzkrise "mehr Sorgen um ihre Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung" machen als vor der Krise. Dagegen hätten private und betriebliche Altersvorsorge nur bei 25 und 12 Prozent der Bundesbürger an Vertrauen eingebüßt.
Wer in den vergangenen Wochen die Medien verfolgt hat, weiß dagegen vor allem eines: Viele private Versicherungen müssen für das laufende Jahr die Garantieverzinsung für ihre Lebens- oder Rentenversicherungen reduzieren. Zudem ging manche private Vorsorgestrategie – zum Beispiel Geldanlage in Island – beinahe in nordischen Geysiren baden. Und das Vertrauen in Aktien und Fondsprodukte ist weltweit tief erschüttert.
Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich, wenn laut DIA-Umfrage derzeit die Sicherheit der gesetzlichen Rente angeblich geringer sei als die privater oder betrieblicher Altersvorsorge. "Wir sind über das Ziel hinausgeschossen", räumte vor einigen Monaten ein Mitarbeiter des Instituts gegenüber der Stiftung Warentest kleinlaut ein, als es um die vom selben Institut verbreiteten angeblich riesigen Versorgungslücken der Bundesbürger ging. Doch an diesen Bußakt mag man sich

beim DIA offenbar schon jetzt nicht mehr erinnern.
Tatsache ist: Gerade das Umlageverfahren in der gesetzlichen Rentenversicherung schützt die Ansprüche von mehr als 50 Millionen Versicherten und 20 Millionen Rentnern mehr als jede Anlage an den Kapitalmärkten. Denn die eingezahlten Beiträge der Beschäftigten und Arbeitgeber werden sofort an die Rentenempfänger weitergegeben, wie die Deutsche Rentenversicherung gestern in Erinnerung rief. Zudem dürfen Überschüsse nur in Anlageformen geparkt werden, die höchsten Sicherheitskriterien entsprechen.
Quelle: Ihre Vorsorge

16. **1,8 Millionen oder über 16% der Kinder unter 15 Jahren leben in SGB II-Bedarsgemeinschaften**
Im September 2008, am Ende des konjunkturellen Aufschwungs, lebten noch immer 1,816 Millionen Kinder im Alter von unter 15 Jahren bzw. 16,1 Prozent aller Kinder im entsprechenden Alter in sog. SGB II-Bedarfsgemeinschaften. Dies waren lediglich 5,8 Prozent (112.500) weniger als anderthalb Jahre zuvor: Im März 2007 wurde das (bisherige) Monatsmaximum von 1,928 Millionen Kindern (unter 15) in „Hartz IV-Haushalten“ registriert.
In den Ländern lebten im September 2008 zwischen 37,1 Prozent (Berlin) und 7,7 Prozent (Bayern), in den Kreisen zwischen 40,9 Prozent (Schwerin) und 2,3 Prozent (Eichstätt) der Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften.
26,4 Prozent der Kinder in den 15 Großstädten (incl. Region Hannover) und 14,2 Prozent der Kinder in den anderen 398 Kreisen lebten in SGB II-Bedarfsgemeinschaften. D ie künftige Kulturhauptstadt Essen (30,1%) hat die Stadt Bremen (29,5%) als die westdeutsche Großstadt mit dem höchsten Anteil von Kindern in „Hartz IV-Haushalten“ abgelöst.
Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe [PDF – 200 KB]
17. **Sauerland-Zelle: Mutmaßlicher CIA-Mann war “der Chef”**
Die Hintergründe der “Sauerland-Gruppe”, die 2007 Terroranschläge in Deutschland geplant haben soll, werden immer mysteriöser: Ein mutmaßlicher Kontaktmann des US-Geheimdienstes CIA spielte bei der Attentatsvorbereitung eine größere Rolle als bislang bekannt.
Quelle: Stern
18. **Schwedens Atomausstieg – Neuer Glaubenskrieg in Berlin**
Nach der Abkehr Schwedens vom geplanten Atomausstieg wünscht sich die Union nun auch in Deutschland mehr Kernenergie. Im Umweltministerium in Berlin stößt die Entscheidung von Stockholm dagegen auf scharfe Kritik.
Quelle: Focus

19. **Medienmogul Murdoch muss Rekordverlust wegstecken**
    Die News Corporation des australischen Medienunternehmers Rupert Murdoch hat angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise und wegen enormer Abschreibungen einen Milliardenverlust verbuchen müssen. Im ihrem zweiten Geschäftsquartal, das zum Jahreswechsel zu Ende ging, erlitt die Mediengruppe einen Verlust von 6,41 Milliarden Dollar, wie Murdoch am Donnerstag (Ortszeit) in New York mitteilte. Das ist der größte Quartalsverlust in der Geschichte seines Unternehmens. Der Umsatz fiel um mehr als acht Prozent auf 7,9 Milliarden Dollar.
    Angesichts des negativen Quartalsergebnisses kündigte die Mediengruppe rigorose Einsparungen und einen Stellenabbau an.
    Quelle: Spiegel Online
20. **Zu guter letzt:**
    Witze sollen ja ein Ventil zur psychischen Entlastung sein.
    Hier ein paar Banker-Witze
    Frage: «Soll ich vorsichtshalber mein Bankkonto leeren?» Antwort: «Brauchen Sie nicht, das erledigt Ihre Bank für Sie.»
    Quelle: Tagesanzeiger Zürich